

Zu diesem Zweck haben wir die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen gegründet. Nicht als eine Sonderorganisation, nicht als eine Partei in der Partei, nicht als den Anfang einer berufständischen Gliederung unserer Parteigenossen. Das lehnt die Parteileitung entschieden ab. Wir wünschen nicht, daß innerhalb der Partei Berufsorganisationen entstehen. Wir haben mit den Lehrern nur eine Ausnahme gemacht, weil sich die Lehrer durch ihre berufliche Ausbildung für besondere bestimmte Parteiaufgaben in besonderem Maße eignen. Das ist bei der Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft zu Ostern auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, und noch bestimmter in der ersten Sitzung des Hauptausschusses der Arbeitsgemeinschaft am Dimmelfahrtstage in Berlin.

In den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft heißt es: „Mitglied kann nur werden, wer sich zum Programm unserer Partei bekennt, und Mitglied der Parteiorganisation seines Wohnortes ist.“ Man muß also ein offener und rückhaltloser Bekenner zum Programm unserer Partei sein, und man muß selbstverständlich an seinem Wohnorte auch seiner Partei angehören. Ferner haben wir in der Satzung die Bestimmung: „Alle Organe der Arbeitsgemeinschaft sind ihrerseits an die Entscheidungen der sozialdemokratischen Parteitage gebunden“, mit anderen Worten: Wir unterstellen uns rektlos den Beschlüssen unserer Parteitage, der höchsten Parteinstanz; was eine paritätische Organisation selbstverständlich nicht kann, so daß unsere Genossen darin sehr oft in Gewissenskonflikte kommen werden. Als Haupttätigkeit der Arbeitsgemeinschaft sehen wir an: die Beratung der Parteigenossen in schulpolitischen Angelegenheiten, also unserer Schuldeputationen und sonstigen Einrichtungen und Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinde; ferner die Verbreitung von erzieherischen Kenntnissen und Fähigkeiten in den Kreisen der Arbeiter, dann die Mithilfe der Lehrer in der parteigenössischen Bildungs- und Jugendarbeit und ihre Mitarbeit bei Fassung populärer Schriften über unsere Theorie und Praxis.

Wir glauben, daß die Arbeitsgemeinschaft besonders wichtig ist für die Lehrer auf dem Lande. Sie neigen zum großen Teil zur Sozialdemokratie. Sie kamen im November begeistert zu uns. Aber die Begeisterung ist schon merklich abgeklübt, teils weil ihnen die ganze Entwicklung nicht schnell genug ging, teils weil sie fühlen, daß die örtlichen Autoritäten schon wieder übermächtig zu werden beginnen (sehr richtig!) und daß sie von den Kultusministerien nicht immer in genügender Weise gestützt werden. (Sehr richtig!) Da kann unsere Arbeitsgemeinschaft viel nützen. Sie kann den Landlehrern den Rücken stärken gegen ihre örtlichen Autoritäten. Wenn der Landlehrer diese parteigenössische Berufsvereinigung hinter sich fühlt, wenn er weiß, eine Beschwerde von ihm wird durch diese Organisation an die richtige Stelle geführt, dann wird er sich seinen örtlichen Autoritäten gegenüber doch etwas fester und fester fühlen. Die Arbeitsgemeinschaft kann die Interessen der Lehrer auf dem Lande bis zum Kultusministerium mit dem nötigen Nachdruck führen, wie das übrigens in mehreren Fällen, besonders in einem ganz krassen Fall bereits geschehen ist, wo es unserem Eingreifen auch gelang, dem Lehrer zu dem ihm zustehenden Recht zu verhelfen und damit die Position der Partei zu stärken. Wir glauben, wenn der Lehrer auf dem Lande fühlt, daß die Partei, zunächst in der Form seiner parteigenössischen Kollegen, hinter ihm steht, er dadurch für die Partei erhalten wird. Wir stärken die Landlehrer dadurch in ihrem Eintreten für die Sozialdemokratie, und das ist doch für die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande von größter Wichtigkeit. Wir wollen

den Lehrern bei ihrer Arbeit zu Hilfe kommen durch eine wöchentlich erscheinende Zeitung „Der freie Lehrer“, die alle die von mir gekennzeichneten Aufgaben den Lehrern unterbreiten soll.

Die Lehrerbewegung ist noch ganz jung. Sie wird Kinderkrankheiten mancher Art noch durchzumachen haben. Wir wollen keineswegs unseren Lehrerengenossen verwehren, Mitglieder anderer Lehrerorganisationen zu werden. Wir halten es sogar für ihre Pflicht, Mitglied des alten deutschen Lehrervereins zu sein, weil wir ihn für die neutrale, mehr gewerkschaftliche Organisation der deutschen Lehrer halten. Die Tätigkeit unserer Genossen darin kann höchstens darin bestehen, darauf hinzuwirken, daß er auch gewerkschaftliche Formen annimmt und der Generalkommission beiträgt. Aber wir haben auch nichts dagegen, daß die Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft anderen Lehrervereinigungen, auch den sozialistisch-paritätischen, beitreten. Wir glauben aber, daß der Parteitag den parteigenössischen Lehrern, die Veranlagung und Neigung zu besonderer Mitarbeit innerhalb der Partei haben, den Wunsch nahelegen sollte, in erster Linie unserer Arbeitsgemeinschaft beizutreten, damit sie eine wertvolle und leistungsfähige Mitarbeiterin bei der Erfüllung der wichtigen kulturpolitischen Aufgaben der Partei werde.

Nun noch ein kurzes Wort. Es gibt noch eine Reihe zahlreicher anderer Aufgaben der Kulturpolitik, die die Partei zu erfüllen hätte. Wir müßten zahlreiche wissenschaftliche Literatur neu schaffen. Wir müssen wertvolle alte Literatur neu herausgeben. Wir müssen bemüht sein, neue Mittel und Wege zu finden, um die Literatur in die breiten Massen, auch besonders derjenigen, die für wissenschaftliche Literatur interessiert sind, heranzubringen. Es ist in einem Antrag die Anregung gegeben, eine Zentral-Ausleihestelle einzurichten. Das ist ein Gedanke, der erwägenswert ist. Einrichtungen wie Wanderbibliotheken und andere Aufgaben muß der Zentral-Bildungsausschuß in der nächsten Zeit seine Aufmerksamkeit widmen müssen. Es kann natürlich nicht alles mit einemmal geschehen. Wir müssen erst abwarten, wie sich die politische Zukunft Deutschlands, und damit auch die Zukunft unserer Partei gestalten wird. Aber, Parteigenossen, darin sind wir ja wohl einig: wenn Deutschland sich jemals wieder aus dem gegenwärtigen Tiefstand herausarbeiten soll, so ist das nur möglich durch den Sozialismus als wirtschaftliches und durch die Demokratie als politisches Prinzip, ferner durch Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Kultur. Durch kulturelle Taten ist Deutschland schon früher in der Welt vorangeschritten. Damals, als Deutschland tief gebeugt am Boden lag und politisch keine Bedeutung hatte, in jener Zeit konnte Goethe zu seinem Vertrauten Eckermann sagen:

„Wählen Sie Weimar zu Ihrem Wohnort, es gehen von dort die Tore und Straßen nach allen Enden der Welt.“ Möge Weimar auch jetzt das Zukunftssymbol für die neue Zeit werden. Möge unser Weimarer Parteitag den Sozialismus und die deutsche Sozialdemokratie stärken, damit sie Deutschland wieder stark, frei und arbeitsfähig machen, damit durch sie, durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Sozialismus, Deutschland wieder ein freudig begrüßter Mitarbeiter an der Weltkultur werde. Möge in diesem Sinne von unserm Weimar aus, zu dem wir hier versammelt sind, wieder die Tore und Straßen nach allen Enden der Welt gehen. (Lebhafter Beifall.)

Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter Fr. Brühne: Genossen und Genossinnen! Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen einen sehr kurzen Bericht zu geben. Seit dem Parteitag in Würzburg sind bei der Kontrollkommission zwei Beschwerden

eingegangen. Die eine Beschwerde war von Angestellten des Berliner Parteigeschäftes und verlangte die Rückzahlung der von dem Genossen Bartels schon erwähnten Abzüge, die 1914 an den Gehältern der Parteibeamten gemacht worden, sowie 20 Prozent Gehaltserhöhung. Diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand im Sinne der Beschwerdeführer erledigt. Die Kontrollkommission brauchte keine Entscheidung zu treffen. Die zweite Beschwerde war von dem Genossen Fischer in Greiz und verlangte einen Zuschuß zu dem neu gegründeten Parteiblatt von 4000 M. Auch diese Beschwerde ist durch den Parteivorstand erledigt. Auch hier brauchte die Kontrollkommission keine Stellung zu nehmen.

Die Kontrollkommission hat seit dem Parteitag in Würzburg die Parteigeschäfte in Berlin kontrolliert: Vorwärts, Parteikasse und Buchhandlung und Nebenläden, und zwar vierteljährlich. Leider war es uns im letzten Jahre nicht möglich, immer die vierteljährliche Revision einzuhalten; einmal deswegen nicht, weil die Eisenbahn nach Berlin gestört war, wir mußten die Sitzung abbestellen und das zweitemal war es nicht mehr möglich, weil die Unruhen in Berlin waren. Wir haben dann zum letztenmal die Revision von mehreren Quartalen vornehmen müssen. In der Kontrollkommission war es auch mehreremal nicht möglich, alle Mitglieder nach Berlin zu bekommen. Genosse Gradnauer ist, wie Sie wissen, ins sächsische Ministerium berufen, auch Genosse Timm hat in Bayern eine Beilage dem Ministerium angehört, so daß wir bei der letzten Revision nur sechs Mitglieder anwesend waren. Wir haben die Kasse geprüft und alles in Ordnung befunden.

Das Parteigeschäft in Stuttgart wurde in jedem Jahre durch einige Mitglieder der Kontrollkommission revidiert, und es wurde alles für richtig befunden. Genosse Bartels hat schon darauf hingewiesen, daß unser Parteigeschäft auch in Stuttgart im letzten Jahre keine guten Geschäfte gemacht hat. An die Parteikasse sind von Stuttgart im letzten Jahre keine Ueberschüsse abgeliefert worden. Wir wollten hoffen, daß es in Zukunft wieder besser wird. Ähnlich ging es mit der Parteibuchhandlung in Berlin und mit dem „Vorwärts“, der im letzten Jahre wieder Ueberschüsse abgeliefert hat.

Im übrigen wurde, wie gesagt, alles in vollster Ordnung befunden, und ich beantrage namens der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten.

Berichterstatter Adolf Schulz: Parteigenossinnen und Genossen! Die Verhandlungen über die Presse haben auf fast allen Parteitagungen einen breiten Raum eingenommen, um so mehr muß es der Fall sein in einem Augenblick, wo uns die Revolution vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat. Schon aus dem Vorstandsbericht haben Sie entnehmen können, daß wir eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung unserer Presse zu verzeichnen haben. Wir haben heute 95 Tageszeitungen und wir haben seit der Revolution 24 neue Zeitungen gegründet. Einschließlich dieser neuen Blätter werden wir heute ungefähr 2 Millionen Abonnenten müßern können. Das ist ungefähr eine Steigerung gegenüber der Zeit vor dem Kriege von etwa 100 Prozent, gegenüber dem Vorjahr von 125 Prozent. Das erfreulichste Moment bei dieser Aufwärtsentwicklung ist aber zweifellos, daß unsere Parteipresse erheblichen Einfluß und Eingang dort gefunden hat, wo sie wenig oder gar nicht gelesen wurde, ich meine auf dem ländlichen Lande und in Gegenden mit vorwiegend agrarischen Verhältnissen. Trotzdem aber darf uns diese an und für sich erfreuliche Aufwärtsentwicklung

nicht reflexlos betriebigen angesichts der Tatsache, daß wir bei den Nationalwahlen dieses Jahres im Januar 11¼ Millionen Stimmen auf unsere Partei vereinigten, also 89 Prozent, und angesichts der weiteren Tatsache, daß wir heute 713 Vertreter in den Landtagen sitzen haben, daß Tausend und Abertausend unserer Vertreter in den kommunalen Körperschaften sitzen, und daß in einer ganzen Reihe von städtischen und dörflichen Parlamenten unsere Partei die überwiegende Mehrheit bildet.

Angesichts der weiteren Tatsache, daß im Verhältnis zu den Tageszeitungen in Deutschland überhaupt die sozialdemokratische Presse nur etwa 3 Prozent hat gegenüber den Tausenden bürgerlicher Zeitungen, liegt uns die Verpflichtung ob, nach Wegen und Mitteln zu suchen, mehr als bisher an die breiten Massen der Volksgenossen heranzukommen. Aber ein anderer Gesichtspunkt legt uns weiter diese Verpflichtung auf. Wir wissen alle: Unter dem Einfluß der ersten Revolutionstage hat eine ganze Anzahl von bürgerlichen Blättern, namentlich in der Provinz, eine freundliche Haltung gegenüber unserer Presse und unserer Partei eingenommen. Nach dem sich diese Blätter jetzt aber quasi vom ersten Schreden erholt haben, werden sie wieder aggressiver. Der alte reaktionäre Landratsgeist, dieser Spiritus rector der Kreisblattpresse, treibt wieder in vermehrtem Maße sein Unwesen. (Sehr richtig!) Deshalb liegt uns in größerem Maße die Pflicht ob, diese Spekulation auf die politische Indifferenz der Massen zu Gunsten zu machen und die Millionen von Volksgenossen in unserem sozialistischen Sinn aufzuklären.

Die wichtigste Frage, die uns hierbei beschäftigt, wenn wir uns über den Ausbau der Presse unterhalten, muß deshalb dahin lauten: Wie können wir am wirksamsten ihre Entwicklung fördern, wie kommen wir besser und wirksamer an die breite Masse heran. Diese Frage müssen wir zu lösen versuchen, wenn wir unsere politische Position im Lande nicht nur erhalten, sondern erweitern wollen, trotz aller Schwierigkeiten, mit denen heute das Zeitungsgewerbe zu kämpfen hat.

Son diesen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten macht sich jemand, der nicht mitten drin im Zeitungswesen steht, kaum eine Vorstellung. Die wahnsinnig und sprunghaft gestiegenen Preise für Maschinen und Schriften, für alles Rohmaterial, für Papier, die durch die ebenso ahnatastisch gestiegenen Schleißhandelspreise für alle Lebensmittel bedingte Erhöhung der Löhne und Gehälter, absorbieren in vollem Maße die gesteigerten Einnahmen durch die Vermehrung der Abonnements und der Inserate, ja sie zwingen die Geschäftsleitungen, immer wieder die Einnahmen zu steigern. Eine Verringerung dieses Zustandes ist in absehbarer Zeit nicht abzusehen. Im Gegenteil, wir haben bereits wieder mit einer neuen Steigerung ab 1. Juli dieses Jahres für alles Rohmaterial, für Maschinen und Papier zu rechnen. Eine Schraube ohne Ende! Gebrauchte Rotationsmaschinen — eine Rotationsmaschine ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Zeitungsdrukerei — sind zu einem hervorragenden Spekulationsobjekt geworden infolge der geringen Produktion neuer Maschinen wegen des fehlenden Rohmaterials. Die Lieferungsfristen für neue Maschinen sind ungeheuer weit gesteckt und durchaus unverbindlich. Gebrauchte Cep- und Rotationsmaschinen sind aber heute durch die Spekulationswut geschäftsgewandter Händler und Agenten so gut wie vom Erdboden verschwunden, und dazu kommt, daß die Angst vor einer allgemeinen Vermögensabgabe eine Anzahl bürgerlicher Drukereibesitzer bestimmt, sich so schnell und reich wie möglich mit Maschinen einzubeden. Eine gebrauchte 16seitige Rotations-